



NEWSLETTER MÄRZ

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

eine bayerische Regionalpartei – auch bekannt als CSU – betreibt in der Großen Koalition eine rückwärtsgewandte Klientelpolitik mit populistischen Stammtischparolen. Und dies nicht nur mit völlig unangemessenen Kommentaren zur Flüchtlingspolitik, sondern auch bei ihrem ‚Projekt‘ des Wegezolls für ausländische PKWs, welcher vor wenigen Tagen in den Bundestag eingebracht wurde. Die geplante Dobrindt’sche PKW-Maut ist ein unsinniges und völlig idiotisches Konzept, welches ausländische Autofahrer diskriminiert. Es reaktiviert längst vergessene Schlagbäume und schafft längst vergessene Grenzen - ein Rückschritt für Reisefreiheit und Freizügigkeit in Europa. Dabei resultieren die Schäden an Fahrbahn und Brücken zu 95 Prozent aus dem LKW-Verkehr. Deshalb müssen – verursachergerecht – LKWs für den Erhalt der Straßen und Autobahnen aufkommen. Das bedeutet eine Anhebung und Ausweitung der LKW-Maut auf alle LKW und für alle Straßen. Doch stattdessen senken Union und SPD die LKW-Maut sogar noch. Die absurde Beschäftigung der Großen Koalition mit der unsinnigen und schädlichen PKW-Maut führt dazu, dass die wahren Herausforderungen der Verkehrspolitik, vor allem Energiewende und Klimaschutz bei der Mobilität und Erhalt unserer verfallenden Verkehrsinfrastruktur, völlig in den Hintergrund geraten.

Auch bei anderen Themen betreibt die CSU eine populistische Klientelpolitik gegen den Fortschritt in Deutschland. Obwohl der bayerische Ministerpräsident Seehofer genauso wie seine CSU-Parteikollegen dem Ausbau der Stromtrassen im Bundesrat bzw. Bundestag zugestimmt hatten, torpedieren sie ihn nun an allen Ecken und fordern stattdessen, dass die Stromkunden in ganz Deutschland Reservekraftwerke in Bayern subventionieren. Das ist nur noch absurd.

Damit nicht genug aus CSU-Absurdistan: Obwohl es in Deutschland einen parteiübergreifenden Konsens gibt, dass wir bei der energetischen Gebäudesanierung viel mehr tun müssen, hat die CSU nun die Einführung eines Steuerbonus für die Gebäudesanierung verhindert. Hausbesitzer, Handwerker und Bauindustrie warten seit Jahren auf diesen Anreiz für Energieeffizienz und Klimaschutz im Gebäudebereich. Ein Förder-Euro löst hier sieben bis acht Euro nachhaltige Investitionen aus. Dank CSU gibt es hier nun nicht den erwarteten Schub.

Nicht anders sein CSU-Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. Über 44 Mio. männliche Küken werden jedes Jahr allein in Deutschland getötet – da sie weder Eier legen noch genügend Fleisch ansetzen – das antwortet sein Ministerium auf unsere Anfrage. Das Problem ist seit langem bekannt – doch gehandelt hat die Bundesregierung bisher nicht und schiebt ihre Verantwortung lieber ab. Das muss sich schnell ändern. Die Grünen in den Landesregierungen zeigen wie es geht: So hat etwa NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel das Töten

männlicher Küken per Erlass zum 1. Januar 2015 verboten. Doch 11 der landesweit 12 Brüte-
reien hatten dagegen geklagt und dürfen bis zu einem Gerichtsurteil weitermachen wie gehabt.
Um dem einen Riegel vorzuschieben müssen Union und SPD zügig das Tierschutzgesetz auf
Bundesebene novellieren.

Aber lesen Sie am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem
aktuellen Newsletter.

Viel Spaß dabei wünscht ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) **Stromtrassen-Streit: Seehofer kriegt Klatsche aus Berlin**
- 2) **Bundesregierung versagt bei KWK**
- 3) **Nach intensivem Druck: Bundeswehr lässt Windräder heran**
- 4) **Kraftwerke: Regierung rudert beim Klimaschutz zurück**
- 5) **Atommoratorium 2011: Hatte Bundesregierung Klagen für AKW-Betreiber ermöglicht?**
- 6) **Atom-Castoren-Verbleib: Unionsgeführte Bundesländer in der Pflicht**
- 7) **Noch mehr Risse in belgischen Atomkraftwerken als vermutet**
- 8) **Jülicher Atom Müll – Gutachten gibt Handlungsempfehlungen für Verbleib in Jülich**
- 9) **Studie: Sonnenenergie wird in vielen Teilen der Welt günstigste Stromquelle**
- 10) **Umweltproblem Kaffeekapseln**
- 11) **Mikroplastik – Plastik aus der Tube**
- 12) **TTIP verwässert Nachhaltigkeitsstandards**
- 13) **Bundestagsrede zur Rekommunalisierung von Stromnetzen**

Agrar/Ernährung

- 14) **Bundesregierung schaut beim Küken-Töten tatenlos zu**
- 15) **Grüner Aktionsplan ‚Kampf gegen Antibiotika-Missbrauch‘**
- 16) **Biolebensmittel: Zuviel Import, zu wenig Heimisches**
- 17) **Biodiversität: Artensterben weiter auf dem Vormarsch**

Verkehr/Bauen/Wohnen

- 18) **PKW-Maut: Europafeindlicher, diskriminierender CSU-Wegezoll**
- 19) **CSU verhindert Steuerbonus für energetische Gebäudesanierung**
- 20) **Überladende LKW – Gefahr für Autofahrer und Infrastruktur**
- 21) **Elektromobilität im Straßenverkehr fördern**
- 22) **Auswertung Fachgespräch Elektromobilität**
- 23) **Bundestagsrede zum Baukulturbericht**
- 24) **Bundestagsrede zu sozialer Wohnungswirtschaft**

Energie/Umwelt

- 1) **Stromtrassen-Streit: Seehofer kriegt Klatsche aus Berlin**

Vor wenigen Wochen ist der bayerische Energiedialog – den die Münchener Staatskanzlei unter
Landeswirtschaftsministerin Ilse Aigner und CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer – ins Le-
ben gerufen hatten, beendet. Zuvor hatten monatelang der Freistaat Bayern und Experten
und Interessensvertreter über das Für und Wider des Baus von zwei großen Übertragungslei-
tungen diskutiert. In Frage gestellt wurde vor allem die geplante HGÜ-Leitung von Bad
Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nach Gundremmingen (Bayern) – auch bekannt unter Korridor D.
Doch nun stellt sich immer stärker heraus, dass diese Gespräche der CSU-Landesregierung mit

den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nur eine Farce waren. Sie endeten ohne klare Entscheidung. Auf meine Anfrage an das Wirtschaftsministerium sagt die Bundesregierung sogar, dass die Bundesregierung „hinsichtlich des Netzausbaubedarfs [...] auf die geltenden gesetzlichen Verfahren zur Netzausbauplanung“ verweist. Dort ist der von Seehofer in Frage gestellte Korridor D weiterhin Bestandteil. Weitere Infos finden sich [HIER](#). Eine sehr anschauliche und unterhaltsame Zuspitzung der CSU-Energiepolitik hat die [ZDF „heuteshow“](#) am 27.02.15 gebracht. Prof. Michael Sterner, anerkannter Erneuerbaren-Energien-Wissenschaftler, setzt sich in einem gut verständlichen [Beitrag in der Wochenzeitung DIE ZEIT](#) mit der CSU-Energiepolitik auseinander.

2) Bundesregierung versagt bei KWK

Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zum gesetzlich verankerten Ziel bekannt, den KWK-Anteil an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen. Doch dieses Ziel ist beim derzeitigen Ausbaupfad kaum noch zu erreichen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der von der Bundesregierung in Auftrag gegebene [Monitoring-Bericht zur Evaluierung des KWK-G](#). Der Bericht konstatiert dringenden Handlungsbedarf. Hinzu kommt noch, dass durch das EEG 2014 nun auch eigengenutzter Strom aus KWK-Anlagen mit einem Teil der EEG-Umlage belastet wird. Diese zusätzliche Belastung sollte nach Aussagen des Wirtschaftsministeriums durch die Novelle des KWK direkt nach der Umsetzung der EEG-Novelle kompensiert werden. Doch bisher gibt es keinen Gesetzentwurf. Mit unserem Antrag [„Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes unverzüglich vorlegen“](#) fordern wir die Bundesregierung auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die drohende Abschaltung effizienter Gas-KWK-Anlagen verhindert und den weiteren Ausbau hocheffizienter KWK-Anlagen anreizt, den Fördersatz für KWK-Anlagen erhöht und dafür sorgt, dass das KWK-G sowohl den Anforderungen des Klimaschutzes als auch den Anforderungen eines immer stärker durch fluktuierende Erneuerbare bestimmten Stromsystems Rechnung trägt.

3) Nach intensivem Druck: Bundeswehr lässt Windräder heran

Hunderte Windkraftprojekte in Deutschland mit einer Leistung von knapp 4 Gigawatt (GW) wurden bisher nicht genehmigt, weil die Windenergieanlagen möglicherweise zu Problemen bei Radarsystemen der Bundeswehr führen könnten. Druck aus der Branche und von Grünen hat nun gewirkt: Windräder dürfen zukünftig in der Nähe von Militärflugplätzen errichtet werden – gestartet wird jetzt allerdings erst einmal mit zwei Modellversuchen. Es war schlichtweg niemanden mehr zu erklären, weshalb im Zeitalter hochmoderner Radarsysteme die Bundeswehr den Bau von Windrädern in der Nähe von Militärflughäfen aufgrund möglicher Störungen verbietet. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

4) Kraftwerke: Regierung rudert beim Klimaschutz zurück

Anfang Dezember feierte sich die Bundesregierung für ihr Aktionsprogramm Klimaschutz. Unsere Nachfrage zeigt nun erste Absetzbewegungen vom vollmundig Versprochenen. Das Programm wird zum Papiertiger. So ist etwa in der Antwort der Bundesregierung keine Rede mehr davon, dass es eine CO₂-Obergrenze für den Kraftwerkspark geben soll. Und aus dem Gesetzentwurf, der bis zum Sommer ins Parlament eingebracht werden soll, sind inzwischen lediglich „Eckpunkte“ für das Bundeskabinett geworden. Ob und wann daraus mal ein Gesetz werden soll, steht also in den Sternen. Den markigen Ankündigungen Gabriels folgt wieder einmal nichts. Alle weiteren Infos [HIER](#). Bereits im November haben die Grünen ihr eigenes [Aktionsprogramm Klimaschutz](#) vorgelegt, welches aufzeigt, wie die Versäumnisse der Bundesregierung noch korrigiert werden können.

5) Atommoratorium 2011: Hatte Bundesregierung Klagen für AKW-Betreiber ermöglicht?

Wurde beim Atomausstieg 2011 zwischen Atomkonzernen und Bundesregierung gemauschelt? Die grüne Bundestagsfraktion fordert eine lückenlose Aufklärung. Im Kern geht es darum, ob die Bundesregierung sowohl hinsichtlich des Zustandekommens des Moratoriums, als auch zu dessen Durchführung, ein rechtswidriges und damit für Schadensersatzansprüche der AKW-Betreiber unnötig angreifbares Vorgehen fahrlässig oder sogar bewusst in Kauf genommen haben könnte. Auf der Bundesebene stehen der damalige Bundesminister Röttgen und sein Abteilungsleiter Hennenhöfer im Fokus, sowie der damalige Kanzleramtschef Pofalla und auch Bundeskanzlerin Merkel selbst. Bestätigen sich die Vorwürfe, hätte die Bundesregierung gewollt oder fahrlässig die Aussichten der Atomkonzerne für Schadenersatzklagen verbessert. Insgesamt fordern Eon, RWE und EnBW für die knapp fünf Monate dauernde vorübergehende AKW-Abschaltung nach Fukushima zusammen 882 Millionen Euro von der Bundesregierung. Alle weiteren Infos [HIER](#).

6) Atom-Castoren-Verbleib: Unionsgeführte Bundesländer in der Pflicht

Angeheizt durch das Brunsbüttel-Urteil und die Verfassungsbeschwerde von E.ON zu Gorleben ist die Debatte rund um den Verbleib der 26 Castoren aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield und La Hague neu entfacht. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

7) Noch mehr Risse in belgischen Atomkraftwerken als vermutet

Risse in belgischen Atomkraftwerken stellen eine Gefahr dar. Bereits 2012 wurden in belgischen AKWs zahlreiche Risse im Reaktorbehälter gefunden. Daraufhin wurden sie aus Sicherheitsgründen vom Netz genommen. Vor wenigen Tagen hat die belgische Atomaufsichtsbehörde eingestehen müssen, dass sich mittlerweile über 16.000 Risse im Atomreaktor finden – ein Wiederanfahren wäre brandgefährlich. Auf unsere Berichtsbitte im Unterausschuss des Bundestages hin stellt sich heraus: Die Bundesregierung handelt trotz Grenz Nähe der AKWs zu Deutschland nur halbherzig. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

8) Jülicher Atommüll – Gutachten gibt Handlungsempfehlungen für Verbleib in Jülich

Der Versuchsreaktor Jülich – der über 25 Jahre nach seiner Stilllegung noch lange nicht zurückgebaut ist und dessen strahlender Müll die Gesellschaft und Politik vor kaum lösbare Herausforderungen stellt – zeigt, dass Atomkraft nicht nur hochgefährlich sondern auch extrem teuer ist. Der Bund als Mehrheitseigner will den Atommüll am liebsten möglichst rasch in die USA transportieren. Doch das ist unverantwortlich. Ein Gutachten vom Öko-Institut macht nun konkrete Handlungsempfehlungen zum Verbleib in Deutschland. Weitere Infos [HIER](#).

9) Studie: Sonnenenergie wird in vielen Teilen der Welt günstigste Stromquelle

Bis 2025 wird Solarstrom in sonnigen Regionen der Welt billiger als Kohle- oder Gasstrom sein. Vorausgesetzt es gibt stabile regulatorische Rahmenbedingungen. So werden sich bis 2025 die Erzeugungskosten in Mittel- und Südeuropa auf 4-6 Cent pro Kilowattstunde verringern, bis 2050 sogar auf 2-4 Cent. Das ist das Ergebnis einer Studie des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme im Auftrag von Agora Energiewende. Zugrunde liegen konservative Annahmen zur technologischen Weiterentwicklung von Solaranlagen. Mögliche technologische Durchbrüche könnten den Strom sogar noch günstiger machen, diese wurden jedoch explizit nicht betrachtet. Die Studie findet sich [HIER](#).

10) Umweltproblem Kaffeekapseln

Vielen VerbraucherInnen ist die schnelle und einfache Zubereitung von Kaffee wichtig, die Kaffeekapselindustrie boomt. Darunter aber leidet unsere Umwelt. Denn recycelt werden Kapseln selten - im Restmüll werden sie verbrannt, im Gelben Sack oft aussortiert, da es sich meist um Verbundstoffe aus Aluminium und Kunststoff handelt, die schwer zu recyceln sind. Allein in Deutschland werden in diesem Jahr rund vier Millionen Kilogramm – also 4000 Tonnen –

Aluminium für die Kapselherstellung verbraucht. Wir brauchen endlich ein Wertstoffgesetz, das die Hersteller solcher Kapseln stärker in die Verantwortung für ihre Produkte nimmt. Mehr dazu findet sich [HIER](#).

11) Mikroplastik – Plastik aus der Tube

Die Grüne Bundestagsfraktion hat einen [Antrag](#) zu den Gefahren durch Mikroplastik in Kosmetika eingebracht. Wir haben dafür gesorgt, dass zum ersten Mal im Bundestag über die Probleme durch Mikroplastik in der Umwelt diskutiert wird. Das Problem sind winzige Plastikteilchen in unseren Kosmetikprodukten. Die Kosmetikindustrie behauptet zwar, sie wolle aussteigen aus der Nutzung von Plastik in ihren Produkten. Es kommen aber nach wie vor neue Produkte mit Mikroplastik auf den Markt. Freiwilligkeit reicht also nicht aus. Es braucht klare Spielregeln für alle Hersteller. Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#).

12) TTIP verwässert Nachhaltigkeitsstandards

Im Rahmen der Verhandlungen um neue Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP brauchen wir Garantien, dass die hart erarbeitete Qualität in Deutschland, die aus guten Gründen Umwelt- und Sozialstandards beinhaltet, nicht durch Billigware vom Markt verdrängt wird, die diese Standards nicht erfüllen. Und wir benötigen die Garantie, dass kein Recht zur Klage auf Investitionsschutz besteht, wenn die Nachhaltigkeitsstandards aus Gründen von Klimaschutz, Ressourcenschonung, etc. künftig erhöht werden. Mehr Infos finden sich [HIER](#).

13) Bundestagsrede zur Rekommunalisierung von Stromnetzen

Wenn ein Konzessionsvertrag für Strom- und Gasnetze ausläuft, können Kommunen die Aufgabe selbst übernehmen oder ein anderes Unternehmen mit der Aufgabe betrauen, wenn sie mit den bisherigen Netzbetreiber nicht mehr zusammenarbeiten wollen. Doch das aktuelle Gesetz beinhaltet dafür völlig unklare und kommunalfeindliche Regeln. Die allermeisten Fälle, wo ein Energiekonzern heute der Netzbetreiber ist und die Kommune sich entscheidet, einen anderen Netzbetreiber zu beauftragen oder die Netze selber in die Hand zu nehmen, landete vor Gericht. Die Kommunen sollen frei entscheiden können, wie sie ihre Netze betreiben, ob sie die Aufgabe selbst übernehmen oder ob sie ein anderes Stadtwerk damit beauftragen oder ob sie sich am Ende für den Verbleib bei einem Energiekonzern entscheiden. Meine Rede im Bundestag dazu findet sich [HIER](#).

Agrar/Ernährung

14) Bundesregierung schaut beim Küken-Töten tatenlos zu

Über 44 Mio. männliche Küken werden jedes Jahr allein in Deutschland getötet – da sie weder Eier legen noch genügend Fleisch abwerfen. Dies bestätigt die Bundesregierung auf eine Grüne Anfrage. Der Bundesregierung ist dieses Problem seit langem bekannt – doch gehandelt hat sie bisher nicht und schiebt ihre Verantwortung lieber ab. Das muss sich schnell ändern. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

15) Grüner Aktionsplan ‚Kampf gegen Antibiotika-Missbrauch‘

Die Grüne Bundestagsfraktion setzt sich seit langem gegen den Missbrauch von Antibiotikum in der Tierhaltung ein. Zusammen mit den sechs grünen AgrarministerInnen haben wir Anfang Februar den Aktionsplan "Kampf gegen Antibiotika-Missbrauch" vorgestellt. Darin fordern wir u.a. den Einsatz von Reserveantibiotika in der Nutztierhaltung zu stoppen, Mengenrabatte für Antibiotika abzuschaffen, Nachbesserungsbedarf beim Arzneimittelgesetz (AMG) vorzunehmen und den Tierschutzgedanken in der Tierzucht zu verankern. Der komplette Beschluss findet sich [HIER](#).

16) Biolebensmittel: Zuviel Import, zu wenig Heimisches

Eigentlich hätte die Biobranche allen Grund zu feiern. Die Nachfrage nach Bio steigt stetig. Nur schade, dass deutsche Biobauern die Nachfrage nicht erfüllen können. Da ihnen die politische Unterstützung fehlt, bleibt dieser Zukunftsmarkt in Deutschland weiter hinter seinen Möglichkeiten zurück und stattdessen werden – ökologisch zweifelhaft – über lange Transportwege Bioprodukte aus dem Ausland geliefert. Das ist ein politisches Versäumnis, das uns langfristig teuer zu stehen kommt. Denn Bio aus der Region ist nicht nur gut für Verbraucher, Land- und Lebensmittelwirtschaft, sondern auch für Umwelt und Natur. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

17) Biodiversität: Artensterben weiter auf dem Vormarsch

Ohne eine Kehrtwende in der Agrarpolitik und deutliche politische Maßnahmen wird die schwarz-rote Bundesregierung die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie weit verfehlen. Will die Bundesregierung den Artenreichtum nicht weiter gefährden und die Nationale Biodiversitätsstrategie annähernd umsetzen, muss eine Agrarwende eingeläutet werden. Allen voran benötigt es die Reduzierung von Stickstoffen und Pestiziden in der Landwirtschaft. Doch die Bundesregierung hat dazu bislang keinerlei Anstalten gemacht. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

Verkehr/Bauen/Wohnen

18) PKW-Maut: Europafeindlicher, diskriminierender CSU-Wegezoll

Die Mehrheit der Deutschen – und die eigenen Koalitionspartner CDU und SPD – lehnen die unsinnige PKW-Maut ab. Sie bringt nichts ein, reaktiviert längst vergessene Schlagbäume und führt dazu, dass zukünftig deutsche Autofahrer im Ausland ebenfalls eine Maut zahlen müssen. So zumindest die Ankündigung einiger Nachbarländer Deutschlands. Dennoch peitscht die CSU dieses schwachsinnige Projekt durch, um an Stammtischen in Bayern zu punkten. Die Wirtschaft wird jedoch darunter leiden. Meine Rede zur Einbringung des CSU-Wegezolls findet sich [HIER](#).

19) Überladene LKW – Gefahr für Autofahrer und Infrastruktur

Jeder achte LKW auf deutschen Autobahnen ist überladen, das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine von uns eingereichte Frage hervor. Jeder Einzelne ist ein Sicherheitsrisiko für Autofahrer. Aber nicht nur das: Überladene Brummis machen unsere Brücken und Fahrbahnen kaputt. Statt sich pausenlos mit einer blödsinnigen PKW-Maut zu beschäftigen, sollte Bundesverkehrsminister Dobrindt sich endlich um die überladenen LKW kümmern. Wir brauchen härtere Strafen und mehr Kontrollen. Denn offensichtlich schrecken die bisherigen Strafen und Kontrollen nicht ab. Allein im Jahr 2014 wurden 8.055 Lkw mit einem unzulässig hohem Gesamtgewicht festgestellt, und das obwohl die Anzahl der Kontrollen seit 2011 kontinuierlich sinkt. Nähere Infos finden sich [HIER](#).

20) Elektromobilität im Straßenverkehr fördern

Wer Klimaschutz will, der muss auch bei der Mobilität entschlossen umsteuern. Elektromobilität ist dabei ein wichtiger Baustein. Um mehr Menschen für den Kauf eines Elektroautos zu gewinnen, sprechen wir Grünen uns für eine Kaufprämie für reine Elektrofahrzeuge in Höhe von 5.000 € und eine Kaufprämie in Höhe von 2.000 € für verbrauchsarme Plug-In-Hybride aus. Denn unter den drei Millionen Pkw-Neuzulassungen im Jahr 2014 waren gerade einmal 8.522 Elektrofahrzeuge - ein Anteil von weniger als 0,3 Prozent. Mehr Infos und der Antrag selbst findet sich [HIER](#).

21) Auswertung Fachgespräch Elektromobilität

Deutschland will Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität werden – davon sind wir allerdings noch weit entfernt. In einem Fachgespräch der Grünen Bundestagsfraktion diskutierten wir mit ExpertInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft rund um die Fragen, wie wir die richtigen Anreize für den Kauf emissionsarmer Fahrzeuge setzen können und wie der Ausbau der Infrastruktur erfolgen muss. Die Experten waren sich einig, ohne Kaufanreize und den Ausbau der Ladeinfrastruktur wird das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektroautos auf die Straßen zu bringen, deutlich verfehlt werden. Mehr Infos zum Fachgespräch finden sich [HIER](#).

22) CSU verhindert Steuerbonus für energetische Gebäudesanierung

Obwohl es in Deutschland einen parteiübergreifenden Konsens gibt, dass wir bei der energetischen Gebäudesanierung viel mehr tun müssen, hat die CSU nun die Einführung eines Steuerbonus für die Gebäudesanierung verhindert. Hausbesitzer, Handwerker und Bauindustrie warten seit Jahren auf diesen Anreiz für Energieeffizienz und Klimaschutz im Gebäudebereich. Ein Förder-Euro löst hier sieben bis acht Euro nachhaltige Investitionen aus. Dank CSU gibt es hier nun nicht den erwarteten Schub. Alle weiteren Infos [HIER](#).

23) Bundestagsrede zum Baukulturbericht

Der Baubericht 2014/15 benennt klar den Investitionsstau in der Infrastruktur. So gibt es unzählige ‚Bröselbrücken‘ und ‚Schimmelschulen‘. Es ist ein umfassender, aber auch fokussierter Bericht, der deutlich macht, dass ‚Bauen und Baukultur‘ kein Luxusthema ist, sondern ein Thema, welches ganz zentral für unseren Lebensraum ist. Der Bericht stellt die Fragen des Klimaschutzes, weil klar ist: Ohne energetische Gebäudesanierung bzw. ohne einen CO2-freien Gebäudebestand werden wir am Ende die Ziele des Klimaschutzes nicht erreichen können. Ganz im Gegensatz zu dem Bericht steht die dünne Stellungnahme der Bundesregierung. Meine komplette Rede findet sich [HIER](#).

24) Bundestagsrede zu sozialer Wohnungswirtschaft

Bereits vor eineinhalb Jahren haben Union und SPD die Mietpreisbremse angekündigt. Doch eine Mietpreisbremse anzukündigen und sie dann nicht einzuführen, bewirkt das Gegenteil - sie treibt die Mietpreise sogar noch nach oben. Die komplette Rede findet sich [HIER](#).